

Vereinbarung zwischen den Fraktionen der SPD, der FWG und Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Alzey-Worms für die Wahlperiode 2014 – 2019

Präambel

Das Ergebnis der Wahlen zum Kreistag Alzey-Worms am 25. Mai 2014 ist Basis und Auftrag an die Koalitionsfraktionen, den Landkreis Alzey-Worms zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger weiter zu entwickeln. Wie bisher ist die Zusammenarbeit mit allen Gebietskörperschaften, den Bürgerinnen und Bürgern, den Institutionen und Organisationen und den Akteuren in der Wirtschaft zu pflegen und auszuweiten. Transparenz, Information und Bürgerbeteiligung haben hierbei einen hohen Stellenwert.

Die Vertragspartner sichern sich eine vertrauensvolle, sachliche und faire Kooperation in allen wichtigen Fragen zu; hierzu finden die notwendigen Erörterungen und Abstimmungen statt.

Die Eigenständigkeit der Parteien bzw. Wählergruppe und der Fraktionen bleibt gewahrt. Politische Positionen und Forderungen zu landes- oder bundespolitischen Themen in Sachbereichen tangieren diese Vereinbarung nicht.

I.

Nachstehendes Personaltableau wird festgelegt:

- Die Beigeordneten des Landkreises werden ehrenamtlich bestellt
- Die SPD stellt den allgemeinen Vertreter/Vertreterin des Landrates
- Die FWG und Bündnis 90/Die Grünen stellen je einen weiteren Beigeordneten
- Die weiteren Beigeordneten erhalten je einen Geschäftsbereich

Die Koalitionsfraktionen bilden einen Koalitionsausschuss, der aus den jeweiligen Fraktionsvorsitzenden, deren Stellvertretern, den Beigeordneten und dem Landrat besteht. Der Koalitionsausschuss wird nach Bedarf oder auf Antrag einer Fraktion einberufen.

Die Zahl der Mitglieder der Ausschüsse wird grundsätzlich auf 15 festgelegt.

II

Die Sacharbeit in der Wahlzeit orientiert sich an den Programmen der Partner. Ungeachtet dessen werden folgende Leitlinien einer gemeinsamen Politik im Landkreis Alzey-Worms zwischen den Koalitionspartnern vereinbart:

Finanzen

Die Konsolidierung der Kreisfinanzen unter Beachtung der Vorgaben des Kommunalen Entschuldungsfonds ist erklärtes Ziel der Koalition. Gleichzeitig wird eine nachhaltige, aufgabengerechte und angemessene Finanzausstattung gegenüber Land und Bund eingefordert.

Bei der Realisierung des dritten Verwaltungsgebäudes der Kreisverwaltung werden den Prinzipien von Wirtschaftlichkeit und Effizienz höchste Priorität eingeräumt.

Gender-Budgeting ist ein wirkungsvolles Instrument, um Geschlechtergerechtigkeit in der Haushaltsführung herzustellen. Daher soll nach Möglichkeit in ausgewählten Teilhaushalten bzw. Produktplänen, in denen bereits konkrete Zahlen vorliegen, nach Geschlechtern differenzierte Einnahmen und Ausgaben aufgelistet werden, damit anschließend politische Entscheidungsprozesse qualitativ optimiert werden können.

Kommunal- und Verwaltungsreform

Der Landkreis beteiligt sich aktiv am Verwaltungsreformprozess und strebt infolge des demografischen Wandels, der finanziellen Gegebenheiten, den

Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit einen größeren Gebietszuschnitt und eine Stärkung des Landkreises Alzey-Worms insgesamt an.

Weiterhin werden die Chancen und Synergien einer vertieften Kooperation mit den benachbarten Gebietskörperschaften genutzt.

Schulen und Bildung

Der Schulentwicklungsplan ist auf der Basis der aktuellen und prognostizierten Schülerzahlen für die Wahlzeit fortzuschreiben. Zur Erhaltung der BBS in Alzey sind Konzepte in Zusammenarbeit mit allen Akteuren - auch der Wirtschaft und den Nachbargebietskörperschaften - zu entwickeln.

Im Zuge der anstehenden Schulgesetzänderung (Inklusion) soll in Alzey ein Förder- und Beratungszentrum in der Volkerschule realisiert werden.

Die Arbeiten an den Außenanlagen der IGS Osthofen werden zügig abgeschlossen. Die Generalsanierung der Sporthalle in Wörrstadt hat Priorität.

Die hohe Leistungsfähigkeit von Kreismusikschule und Kreisvolkshochschule werden gesichert. Alle Chancen der Kooperation sind zu nutzen.

Gebäudemanagement / Energieeinsparung und Energiegewinnung

Die Bewirtschaftung der kreiseigenen Gebäude erfolgt nach ökologischen und ökonomischen Grundsätzen.

Die Kooperation mit der EDG hat sich bewährt und wird fortgeführt.

Das Klimaschutzkonzept soll Schritt für Schritt auch mittels eines Klimaschutzmanagers umgesetzt werden. Förderprojekte des Bundes sollen bei anstehenden Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten des Verwaltungsgebäudes in Anspruch genommen werden.

Das Ziel eines „Null-Emission-Kreises“ wird nachhaltig verfolgt.

Umwelt und Naturschutz

Die Koalition wird die qualitativen Vorgaben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie sowie die bestehenden Wasserschutzgesetze weiter konsequent umsetzen, um die Qualität unserer Gewässer zu steigern.

Die gute Kooperation mit dem Land Rheinland-Pfalz im Zusammenhang mit der Pflege und Sicherung bestehender Schutzgebiete wird fortgesetzt und intensiviert.

Saubere Luft sowie der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor belastenden Emissionen aller Art genießen hohen Stellenwert.

Der Landkreis Alzey-Worms tritt im Zuge des Rückbaus des Atomkraftwerkes in Biblis gemeinsam mit den benachbarten Gebietskörperschaften für höchste Transparenz des Verfahrens und öffentliche Beteiligung ein. Ziel ist die Minimierung der Strahlenbelastung für die Bevölkerung und die Einhaltung höchster Sicherheitsstandards. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass über das bereits genehmigte Zwischenlager hinaus keine weiteren belasteten Brennelemente in Biblis dauerhaft abgelagert werden.

Jugend und Soziales

Der Landkreis ist als familienfreundlicher Kreis weiter zu etablieren.

Die Bedarfe bei der Betreuung von Kindern von 3 – 6 Jahren bzw. unter 3 Jahren werden flächendeckend unter Beachtung von Qualitätsaspekten gedeckt. Eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern und dem Land ist wie bisher anzustreben.

Die Jugendpflege und die Förderung der Jugendverbandsarbeit wird trotz knapper Kassen auf bisherigem Niveau gewährleistet.

Die Pflegestrukturplanung und das Demografie-Management sind weiter zu entwickeln. Es gilt, mit den Gemeinden und Organisationen, den Trägern der Wohlfahrtspflege Angebote und Einrichtungen, d.h. die Anpassung des

Wohnumfeldes und der Lebensräume, für die älter werdende Gesellschaft zu schaffen.

An der gemeinsamen Einrichtung des Job-Centers wird fest gehalten. Insbesondere für Arbeitslose unter 25 Jahren sind verstärkt geeignete Maßnahmen zu entwickeln, um ihnen zukunftsgerichtete Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.

Das geplante Integrationskonzept des Landkreises ist zügig zu erstellen. Die Koalition wird auf dieser Basis geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Integration unter Beteiligung der relevanten gesellschaftlichen Gruppen auf den Weg bringen und umsetzen.

Wirtschaftsförderung / Tourismus / Fremdenverkehr

Die erfolgreichen Bemühungen um die Neuansiedlung von Betrieben und Unternehmen, die Bestandspflege und die qualitativ hochwertige Beratung haben nach wie vor Priorität. Die Kooperation auf der Ebene Rheinhessens ist weiter zu festigen. Die örtliche touristische Infrastruktur ist weiter zu fördern. Der Landkreis strebt eine erneute Beteiligung im Nachfolgeprojekt von „Leader plus“ für die Förderperiode von 2014-2020 an.

Die Komplettierung des Radwegenetzes wird Schritt für Schritt umgesetzt.

Abfallwirtschaft

Der Abfallwirtschaftsbetrieb wird nach dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit geführt. Die hohen Verwertungsquoten bei den verschiedenen Abfallarten sind unter den bundesgesetzlichen Vorgaben (Wertstofftonne) weiter zu steigern.

Zur Beendigung des Rechtsstreites mit der Fa. MdF wird die Ermöglichung eines Deponiebetriebes für mineralische Abfälle (Deponieklasse II) bei Wahrung der besonderen Interessen und Verantwortung des Landkreises durch die Fa. MdF auf der Basis eines Vergleiches angestrebt. Dem Betrieb hat ein Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit voraus zu gehen.

ÖPNV und Straßenverkehr

Die Verkehrsverbünde RNN und VRN sind bestens etabliert. Die Leistungsangebote sind weiter nachfrageorientiert zu optimieren.

Der Nahverkehrsplan für den Landkreis wird fortgeschrieben. Der Maßnahmenkatalog hat sich an der finanziellen Leistungsfähigkeit zu orientieren. Bei den anstehenden Ausschreibungen für den Norden des Kreises sind weitere Verbesserungen zu prüfen. Ein integriertes Mobilitätskonzept soll den ÖPNV in der Region qualitativ weiterentwickeln.

Das mittelfristige Straßenbauprogramm soll mit Unterstützung aus Mitteln des Landes Rheinland-Pfalz Schritt für Schritt realisiert werden. Beim Radwegebau sind die Aspekte Tourismus und Naherholung zu würdigen.

Alzey, 1. Juli 2014

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion der FWG

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

ANMERKUNGEN:

- Die SPD überlässt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Sitz in der Verbandsversammlung der Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe
- Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erhält einen Sitz im Beirat für den Naturschutz des Landkreises